



16. Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019, Beschlussvorlage: 004/2023
17. Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019, Beschlussvorlage: 007/2023
18. Beratung und Beschlussfassung: 1. Änderung der Richtlinie zur Arbeit und Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Naturschutzbeirates und ihrer Stellvertreter im Landkreis Oder-Spree vom 1. Oktober 2015, Beschlussvorlage: 010/2023
19. Veränderungen in den Ausschüssen

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30. November 2022 - nichtöffentlicher Teil

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er bittet im Gedenken an den im Dezember 2022 verstorbenen Abgeordneten, Herrn Dipl.-Ing. Thomas Hilpmann, um eine Schweigeminute, spricht der Familie im Namen des Kreistages eine große Anteilnahme aus und hebt dessen ehrenamtliche Tätigkeiten für den Landkreis hervor. Alle erheben sich von den Stühlen; es folgt eine Schweigeminute.

Im Anschluss informiert Herr Dr. Berger, dass es zum Jahresanfang Veränderungen im Kreistag gegeben hat, begrüßt die nachgerückten Abgeordneten:

Herrn André Schaller, Fraktion CDU, Nachrücker für Herrn Achim Schneider,  
Frau Veronika Jolanta Kuo, Fraktion AfD, Nachrückerin für Herrn Uwe Woweries,  
Frau Ute Bienia-Habrich, Fraktion AfD, Nachrückerin für Frau Tamara Stahl,  
Herrn Peter Winter, Fraktion BVB/Freie Wähler, Nachrücker für Herrn Thomas Hilpmann,

und verpflichtet diese.

***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Es gibt keine Änderungsvorschläge, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzungen vom 30. November und 21. Dezember 2022 - öffentlicher Teil**

Es liegen keine Einwände vor, die Niederschriften werden bestätigt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Herr Unger, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Arbeit und Soziales, führt aus, dass die GefAS im Landkreis mehrere soziale Projekte betreibe, so z. B. Möbelkammern in Beeskow, Fürstenwalde und Erkner. Leider sei seitens der KWU vor einem Jahr mitgeteilt worden, dass ab sofort die angesammelten Altmöbel kostenpflichtig abzugeben seien. Das stelle für eine Möbelkammer, die eine soziale Leistungen erbringe, eine große zusätzliche finanzielle Belastung dar. Daraufhin hätte die Arbeit der Möbelkammern in Beeskow und in Fürstenwalde eingestellt werden müssen. Eine übergreifende Tätigkeit der letzten Möbelkammer in Erkner sei nur eingeschränkt möglich. Das bedeute, dass damit die Gesamtabholung wegfallende und somit auch eine soziale Angelegenheit.

Da die KWU ein kommunales Unternehmen sei, hätte sich die GefAS an den Landkreis gewandt, mit der Bitte zu prüfen, ob hier eine Regelung gefunden werden könnte, dass wie bisher, die Entsorgung der Möbel durch die KWU kostenfrei erfolge. Außer eines Zwischenbescheides hätte die GefAS bisher keine Antwort erhalten.

Herr Buhrke antwortet, dass die Angelegenheit aufgegriffen worden sei und z. B. in Erkner das Problem bestünde, dass dort auch außerhalb des Landkreises gesammelt werde. Im Landkreis Oder-Spree enthalte die Grundgebühr für jeden Bürger bereits die Sperrmüllentsorgung. Eine zusätzliche Sammlung aus Berlin belaste nicht nur die KWU, sondern auch die Gebührenplanung für die Bürger des Landkreises. Das stelle eine Schwierigkeit dar und sei unzulässig. Derzeit werde geprüft, inwieweit eine Lösung gefunden werden könne, daher sei auch keine Ablehnung bezüglich der Anfrage erfolgt.

Was die anderen Standorte betreffe, müsse im Zusammenhang geprüft werden, inwieweit eine Entsorgung durch die durch die Bürger zu zahlende Grundgebühr der Müll- bzw. Sperrmüllentsorgung bereits abgedeckt ist.

**zur Kenntnis genommen**

### **Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates**

Der Landrat, Herr Lindemann verliest den Geschäftsbericht. (Der Bericht ist unter TOP 5 hinterlegt und im Rats-/Bürgerinformationssystem nachlesbar.)

Im Anschluss gibt Herr Gehm Auskunft zum Bearbeitungsstand der Erarbeitung einer öffentlichen Vereinbarung zur Kooperation der Zulassungsstellen und avisiert die Vorlage eines Entscheidungsvorschlages für die nächste Ausschusssrunde.

Ebenso informiert er über die Verhandlungen mit dem Landesbetrieb Straßenwesen bezüglich der Ortsumfahrungen für langsam fahrende landwirtschaftliche Fahrzeuge. (Der Bericht ist ebenso als Anlage unter TOP 5 beigefügt.)

Herr Buhrke informiert aus dem Bereich Beteiligung; der Landkreis hätte ein Grundstück zur Errichtung eines Altenheimes in Eisenhüttenstadt erworben und müsse die zuständige Altenheim GmbH nun die Finanzierung klären. Zur Beteiligung der Öffentlichkeit sei eine

Veranstaltung in Eisenhüttenstadt geplant, bei der die ersten Vorstellungen vorgetragen werden könnten.

Herr Buhrke berichtet weiterhin, dass sich der Landkreis umfangreich mit dem Projekt der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung beschäftige. Die Situation der Krankenhäuser gestalte sich schwierig und die neuen Pläne der Bundesregierung, die gesamte Krankenhauslandschaft zu reformieren, kämen erschwerend hinzu. Aus dem einst gemeinsam gestarteten Projekt der Erarbeitung eines Konzeptes für die flächendeckende Gesundheitsversorgung sei der Bereich Beeskow nunmehr isoliert betrachtet worden. Eine schriftliche Darstellung bzw. das Konzept könne im nächsten Kreisausschuss (Gesellschafterversammlung) vorgelegt werden.

Abschließend berichtet er in seiner Funktion als Kreiswahlleiter über den Stand der Vorbereitungen zur Wahl des Landrates.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 5.1 Strategieentwicklung Kinder- und Jugendbeteiligung § 18a BbgKVerf - VA: Frau Dünzl**

Der Landrat ergreift noch einmal das Wort und stellt Frau Dünzl vor, die über ihre Arbeit aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (Kinder- und Jugendbeteiligung) berichtet. Gemeinsam mit dem Jugendamt hätte es bereits einige Veranstaltungen gegeben. Frau Dünzl informiert die Anwesenden über die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit. Es müsse ein umsetzbares Konzept für die Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt werden und sie spricht in diesem Zusammenhang eine

**Einladung zum 13. Juni 2023**, 17:00 – 19:00 Uhr,  
Atrium des Landkreises in Beeskow,

aus, um in dieser Beratung umfangreiche Ideen oder Bedenken zusammentragen zu können. (Ein Überblick über den Redebeitrag ist als Anlage beigefügt.)

Der Vorsitzende sowie auch der Landrat betonen die bedeutungsvolle Zusammenarbeit und der Landrat berichtet - als Beispiel – über die schwierige Situation der Kinder bzw. Schüler mit dem ÖPNV, die Schülerbeförderung betreffend. Man müsse den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen suchen und ausbauen.

Insofern bitten beide um Mitarbeit und Teilnahme an der Beratung am 13. Juni 2023.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Der Landrat weist darauf hin, dass alle eingegangenen Fragen beantwortet worden seien. Diese könnten im Rats- bzw. Bürgerinformationssystem nachgelesen werden.

Frau Heinrich, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Beantwortung der Anfrage bezüglich der Kita-Versorgung ein. Hier stelle sich ergänzend die Frage der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, wenn Kita-Plätze nicht ausreichend vorhanden seien. Im Landkreis gäbe es 280 fehlende Plätze. Wie werden diese fehlenden Plätze in den betroffenen Gemeinden abgebaut, sind Investitionen vorgesehen und wie können die Gemeinden diese finanziellen Belastungen tragen? Hier sollte der Kita- und Schulbedarfsplan gegenübergestellt werden, um die Zahlen abzugleichen.

Herr Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Anfrage zum Klimaschutzkonzept. Es ergäben sich weitere Fragen, denn der Bearbeitungsstand sei nicht erfreulich. Könnte der fehlende Fortschritt bei der Erarbeitung von Maßnahmen Grund dafür sein, dass die Arbeit daran durch den Landrat nicht als Schwerpunkt gesehen werde? Man könne nicht auf das Klimaschutzkonzept verweisen und dass alles unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stehe. Es stelle sich ihm die Frage, ob der Landrat hinter dem Klimaschutzkonzept stehe. In der Veröffentlichung des Landkreises und dem Bericht über die Kinder- und Jugendbeteiligung sei zu vernehmen, dass es eine Zusammenarbeit zwischen den Klimaschutzbeauftragten, Abgeordneten und der Zivilgesellschaft gäbe und dass dieser Prozess verstetigt werden sollte, doch hätte er andere Erfahrungen gesammelt. Im Jahr 2022 sollte z. B. ein Klimaschutzbeirat gegründet werden, was noch offengeblieben sei. Insoweit bittet Herr Dr. Stiller um Auskunft, wann diese Gründung erfolge.

Herr Lindemann antwortet, dass er Herrn Dr. Stiller beipflichte, wenn der Erarbeitungsstand nicht so sei, wie das unseren Möglichkeiten entspreche, sei das misslich und zu korrigieren. Er mache aber darauf aufmerksam, dass die Kreisverwaltung arbeitsteilig organisiert und der Landrat nicht allzuständig sei. Die Frage müsse Herr Dr. Stiller an die Beigeordnete, Frau Teitewskaja richten, dort läge die Ressortzuständigkeit. Im Übrigen befürworte er das Konzept. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sämtliche Maßnahmen der Verwaltung unter den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz fallen würden; also Aufwand und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen müssten.

Frau Heinrich ergreift noch einmal das Wort bezüglich der Anfrage zu den Beiträgen zur Schulspeisung. Sie sei erschrocken über die Höhe der Beiträge und schlage vor, die Diskrepanz zwischen den Essenbeiträgen der Kinder, die unter das Schulgesetz fallen und Kinder, die unter das Kita-Gesetz fallen, zu betrachten. Hier gebe es unterschiedliche Ansätze bei der Berechnung. Es müsse überlegt werden, diese Ungleichheit im Landkreis zu beseitigen. Im Bereich Erkner sei bereits eine Möglichkeit gefunden worden, an der man sich orientieren könne.

Herr Ksink, Fraktion FDP-BJA-BVFO, geht auf das in der Einwohnerfragestunde aufgeworfene Problem der GefAS ein und schlägt vor, das Thema der Sperrmüllentsorgung in der nächsten Beratung des Ausschusses KWU zu behandeln.

**Zu TOP 7      Beratung und Beschlussfassung: Möglichkeit der Lehramtsausbildung für die Primarstufe in Frankfurt (Oder) prüfen, Antrag: 1/DIE LINKE/2023**

Herr Dr. Stiller merkt an, dass der Antrag, der durch einen sachkundigen Einwohner in den Ausschuss als Idee einer Elternratsinitiative eingebracht worden sei, zustimmungsfähig sein könnte. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrages wäre die Anzahl der fehlenden Lehrerstellen mit 1.400 angegeben worden; die aktuellen Zahlen besagten 1.800. Recherchen hätten zudem ergeben, dass z. B. das Bundesland Thüringen einem Konzept der Regionalisierung von Grundschullehrerausbildungen folge und in verschiedenen Städten Ausbildungsstätten aufbaue. In Brandenburg würde es bisher nur eine Uni geben, daher bittet er, dem Antrag zuzustimmen. Dieser sollte als Aufforderung zum Erarbeiten von Strategien an die Ministerien Bildung und Wissenschaft übermittelt werden, da dringend motivierte Lehrkräfte benötigt werden würden.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass der zunehmende gravierende Unterrichtsausfall an den Schulen bekämpft werden und man sich diesbezüglich an die Landesregierung wenden müsse. Es sei wohl in Planung, an den Standorten Senftenberg und Cottbus Ausbildungsstellen einzurichten.

Aus der Erfahrung heraus, würden die ausgebildeten Lehrer oftmals in der Region ihrer Ausbildung bleiben. Von daher befürworte er die Errichtung regionaler Standorte in Brandenburg; Frankfurt (Oder) sei ein guter Anlaufpunkt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, den beiden für Bildung bzw. Wissenschaft zuständigen Landesministerien mitzuteilen, dass der Kreistag Oder-Spree die gemeinsame Erklärung der Kreiselternräte von Cottbus, Elbe-Elster, Spree-Neiße, Frankfurt (Oder) und Oberspreewald-Lausitz unterstützt, in Frankfurt (Oder) eine universitäre Lehramtsausbildung aufzubauen.

### **Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 5 Enthaltung 2*

### **Zu TOP 8      Beratung und Beschlussfassung: Armutsbericht des Landkreises Vorlage: 2/DIE LINKE/2023**

Herr Dr. Pech weist bezüglich des Antrages darauf hin, dass laut Veröffentlichung in den Medien eine Inflationsrate von 8,7 % in Betracht gezogen werden müsse. Beim Blick auf die Haushaltsausgaben eines durchschnittlichen Haushaltes, seien das ca. 150 €/Monat Kaufkraftverlust.

Im Dezember hätte es diesbezüglich einen Ausgleich für Rentner in Höhe von 300 € gegeben. Bei der Inflationsrate, die seitdem greife, ist das ein monatlicher Verlust von 150 €. Die reale Entwicklung werde an Grenzen getrieben, denn das Durchschnittseinkommen in Brandenburg sei niedriger als das bundesweite.

Die bereits behandelten Themen der Tafeln, der Schuldnerberatungen und der geschilderte Sachverhalt der GefAS (Einwohnerfragestunde) zeigten, dass es Bürger im Landkreis gebe, die einer Unterstützung bedürfen.

Diese Themen gehörten nicht nur in den Bereich der Bundespolitik, sondern müssten vor Ort die Grundlagen für diese Arbeit bzw. ein Arbeitsmaterial geschaffen werden, so dass sich der Inhalt nicht in Statistiken verliere.

Frau Scheufele bezieht sich auf einen bereits in den Jahren zuvor gestellten gleichwertigen Antrag, der von Frau Zarling damit beantwortet worden sei, dass hierfür ESF-Mittel zur Verfügung stünden und dass man sich dafür bewerben müsse. Hierbei würden nicht nur Zahlen ermittelt, sondern auch Maßnahmen eingeleitet werden. Diesbezüglich fragt sie nach dem Ergebnis der avisierten Bemühungen, denn sie sehe im vorliegenden Antrag eher eine Anfrage.

Frau Zarling antwortet, dass das Programm vom Land Brandenburg aufgelegt worden sei und sich ausschließlich auf Kinderarmut beziehe. Der Landkreis könne sich an der Erarbeitung von Konzeptionen beteiligen, um entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

Herr Lindemann ergänzt, dass er den Antrag durchaus als berechtigt ansehe und dass man sich damit auseinandersetzen müsse. Er bezeichnet den Antrag jedoch als „zu kurz gesprungen“. Es ginge nicht nur um materielle Armut, sondern gerade um Bildungsarmut. In der Bildung sehe er das Fundament, auf dem sich Wohlstand und sozialer Aufstieg vollziehen könnten. Wenn die Arbeit in den Schulen – wie im Moment – vernachlässigt werde, was Unternehmen ständig bestätigten und beklagten, dann dürfe man sich nicht wundern, dass insgesamt dabei auf längere Sicht eine Verarmung eintrete.

Er stelle den ergänzenden Antrag, nicht in aller Eile etwas auf das Papier zu bringen, sondern sich umfassend mit der sozialen Situation im Landkreis auseinander zu setzen und dabei insbesondere den Bildungsaspekt in den Vordergrund zu rücken.

Der Vorsitzende fragt nach, ob die einreichende Fraktion DIE LINKE die Ergänzung übernehme oder extra darüber abgestimmt werden müsse.

Herr Dr. Pech betont sein Verständnis des Anliegens; das Problem sei in der Vielzahl der Dinge. Dafür benötige man Lebensbedingungen, die aktuell gewährleistet sein müssten und nicht erst nach Ablauf einer längeren Schulzeit.

Er präzisiere den Antrag bezüglich der Formulierung, anstatt Juni 2013, durch

die erste Sitzung nach der Sommerpause,

zu ersetzen und dass über den Antrag nunmehr abgestimmt werde.

Herr Luhn ergreift das Wort, er sehe den Antrag als wichtig an, sehe jedoch die Notwendigkeit, diesen in den Sozialausschuss zu überweisen, so dass dieser detailliert betrachtet und konkretisiert werden kann. Bisher sehe auch er den Antrag nicht umfassend genug. Hierbei könne eine Wirksamkeit der bestehenden Angebote geprüft werden. Im Ergebnis sollte ein Paket geschnürt werden, um gegen die Armut im Landkreis vorzugehen.

Frau Scheufele schließt sich dem Antrag auf Verweisung in den Sozialausschuss an, ihr erscheine es sehr wichtig zu erkennen, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten. Ebenso müsse eine Prüfung der bisher genannten Kriterien erfolgen.

Frau Heinrich bittet zu beachten, dass vor einer Beratung im Sozialausschuss ein Bericht vorliegen müsse.

Herr Dr. Berger merkt an, dass er es anders verstanden habe, dass es um die Konkretisierung der Ziele, anschließend um den Bericht und dann die nächsten Schritte zu planen, ginge. Er wiederholt den nunmehr geänderten Beschlussinhalt:

- der Bericht sollte nach der Sommerpause vorliegen,
- zusätzlich ist hierzu im Vorfeld eine Diskussion und Schärfung der Ziele im nächsten Sozialausschuss erforderlich (Verweisung in den Sozialausschuss).

Um Abstimmung wird gebeten.

***zurückverwiesen***

**Zu TOP 9      Beratung und Beschlussfassung: Radwegebau in Oder-Spree  
voranbringen, Antrag: 3/4 Fraktionen KT/2023**

Fragen und Anmerkungen zum Sachverhalt gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Oder-Spree beschließt die Planung und den Bau eines Radweges vom Ortsteil Diehlo nach Möbiskrüge.

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt vorbehaltlich einer Förderung des Bundes in Höhe von 80% der Gesamtkosten und soll beginnend mit der Haushaltsplanung 2024 erfolgen.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: Erneuerbare Energien für das FKTZ  
Fürstenwalde, Antrag: 4/SPD/2023**

Herr Papendieck erläutert den Antrag, das FKTZ müsse neben aller anderen Investitionen auch im Bereich der Energieversorgung weiter abgesichert werden. Hier gebe es die Besonderheit, dass die Halle zu früheren Zeiten als Produktionsstätte für Solarpanels genutzt worden sei, die dort auch zum Einsatz gekommen wären. Die Unterkonstruktion, somit auch die Voraussetzungen der Statik und des Brandschutzes wären vorhanden. Es sollte darüber nachgedacht werden, dass bei ausreichender Energiegewinnung die Heizung auf Wärmepumpen-Basis umgestellt werden könnte. Es wäre auch denkbar, Kleinwindräder im Außenbereich aufzustellen und eventuell die Schulen dieses Bereiches mit an das Netz anzuschließen.

Herr Dr. Rosentreter bringt zum Ausdruck, dass die Überlegung zum Einsatz erneuerbarer Energien grundsätzlich positiv zu werten sei. Jedoch weise er auf den Grundsatz hin, dass solche komplexen Sachverhalte in den Ausschüssen beraten werden müssten. So sei ihm z. B. bekannt, dass bei diesem Gebäude die Haustechnik grundsätzlich überarbeitet werden müsse. In diesem Zusammenhang stellten sich verschiedene Fragen, wie z. B. die Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung und die Bereitstellung der Finanzen aus dem Haushalt des Landkreises. Daher beantrage er die **Zurückverweisung** in den Fachausschuss.

Herr Dr. Stiller merkt an, dass das Vorhaben den Klimaschutz-Maßnahmenplan voranbringen würde. Er sehe hier einen Prüfauftrag für die Verwaltung, dessen Ergebnis dann in den Ausschüssen und im Kreistag vorzustellen und zu diskutieren sei. Das in der Antragsbegründung bezifferte Ergebnis der Energiegewinnung stelle er in Frage und schließe er sich der Auffassung an, dass der Antrag überarbeitet werden müsse.

Herr Gehm bittet darüber nachzudenken, dass der Prüfauftrag ein zusätzlicher Aufwand sei und dass personelle Schwierigkeiten bestünden. Die Gründe, warum auf dem Gebäude noch keine Solarpaneele zum Einsatz kämen, sowie die weitere Vorgehensweise sollten im Ausschuss ausführlich besprochen werden.

Herr Papendieck ergänzt seine Ausführungen insoweit, dass ihm bewusst sei, dass eine Prüfung im Fachausschuss stattfinden müsse. Der Antrag sollte das Verfahren in Gang setzen.

Herr Schapke schließt sich der Auffassung der Überprüfung des Antrages an, da die Verwaltung mit dem unkonkreten Inhalt des Antrages nicht arbeiten könne. Das Ziel sei ungenügend definiert, was z. B. die Finanzierung und Betreibung der Anlage betreffe.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass die Frage der Finanzierung unbedingt geklärt werden müsse. Er denke, dass aufgrund der angespannten Situation des Kreishaushaltes eine genaue Überprüfung der jetzigen und künftigen Situation erfolgen sollte, da bereits große Vorhaben für die Schulum- und Neubauten zu Buche schlugen.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Fachausschuss.

***zurückverwiesen***

**Zu TOP 11      Beratung und Beschlussfassung: Vorschlagsliste der Personen für die  
Wahl ehrenamtlicher Richter für das Obergericht Berlin-  
Brandenburg für die fünfjährige Amtszeit ab 19. August 2023,  
Vorlage: 001/2023/1**



Herr Dr. Berger verliest den Beschlussvorschlag und weist darauf hin, dass die auf der Vorschlagsliste stehenden Namen in der Sitzung des Kreisausschusses am 8. Febr. 2023 gezogen worden seien und dass bei der Abstimmung genau ausgezählt werden müsse.

Um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Obergericht Berlin-Brandenburg:

1. Klaus Kükenshöhner,
2. Klaus Rundorf,
3. Berthold Glies,
4. Barbara Kutschke,
5. Reinhard Nikolaizik,
6. Reinhard Ksink,
7. Sandra Domke.

***einstimmig zugestimmt***

*Ja 49 Nein 0 Enthaltung 2*

**Zu TOP 12 Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse bei den Amtsgerichten Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde/Spree, Vorlage: 002/2023/1**

Im Anschluss bittet der Vorsitzende um Abstimmung über die Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse bei den Amtsgerichten Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde/Spree. Er betont, dass hierzu grundsätzlich eine geheime Wahl vorgesehen sei, jedoch bei einstimmiger Befürwortung eine offene Wahl durchgeführt werden könnte. Anderenfalls käme es zu einer Briefwahl, die bis zum 18.04.2023 ausgezählt werden müsste.

Es erfolgt die Abstimmung über die Durchführung einer offenen Wahl - Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt - und danach über die Vorschlagsliste entsprechend der Beschlussvorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag wählt die Vertrauensleute für die Wahlausschüsse bei den Amtsgerichten Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde Spree:

Amtsgericht Frankfurt (Oder)

1. Zimmermann, Stefan
2. Müller, Katharina
3. Kleemann, Silke

Amtsgericht Fürstenwalde

1. Fürst, Sabine
2. Vierus, Hannes
3. Wollburg, Madlen
4. Saliter, Bernd
5. Rundorf, Klaus
6. Wendt, Siegfried
7. Vogel, Ute.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 48 Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Sanierung und Erweiterung Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde, Vorlage: 003/2023**

Der Vorsitzende weist auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE hin.

Herr Papendieck bittet um nähere Informationen zur Finanzierung des Vorhabens.

In Beantwortung bittet Herr Buhrke, die Stellungnahme der Kämmerei in der Beschlussvorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Er informiert weiter, dass es in der Stadt Fürstenwalde derzeit eine Häufung des Baugeschehens gebe. Gespräche bzw. Verhandlungen würden mit der Stadt bezüglich der Grundschule geführt. Die Oberschule befinde sich in den Händen des Landkreises, dieser Unterschied sollte beachtet werden.

Herr Dr. Stiller bezieht sich auf die Diskussion im Kreisausschuss und erläutert, warum der Änderungsantrag nicht zurückgezogen worden sei. Er begrüße die Bereitschaft des Landrates, weiter am Klimaschutz-Management zu arbeiten, jedoch sehe er ein zweijähriges Abwarten bezüglich des Ergebnisses des Energieverbrauches kritisch und zeitraubend. Aus der Presse sei ersichtlich, dass sich Schüler innerhalb des Regionalwettbewerbes bei der EWE „Jugend forscht“ mit der Betreibung von Schulen mit Solarenergie beschäftigt hätten. Hier könnte ein Ansatz für die weitere Planung gefunden werden, wie z. B. Schulen autark betrieben werden könnten. Er sehe einen Konflikt, da bisher in den Ausschüssen nicht über den Einsatz von Photovoltaikanlagen gesprochen worden sei. Aus einer Notiz, dass dieser optional geplant werde, hätte sich die Frage ergeben, warum die Planung den Einsatz nicht vorsehe. Daher hätte sich die Einreichung des Antrages ergeben. Er denke, dass die Beschlussvorlage entsprechend anders gestaltet werden müsste.

Die Ängste, dass die Schule wegen einer zusätzlichen finanziellen Belastung nicht rechtzeitig fertig werde, teile er, das dürfe nicht passieren, jedoch könne er nicht verstehen, warum die Planung des zeitnahen Einsatzes einer PV-Anlage den Bau der Schule behindern könne. Die Kostenaufstellung sollte insoweit abgeändert und der Vorbildhaltung gegenüber der Öffentlichkeit genüge getan werden.

Frau Siebke spricht sich gegen den Antrag aus, da sie die Absprache im Kreisausschuss aus anderer Sicht betrachte. Es sollten die Voraussetzungen für den Bau der Schule geschaffen und dass nach einer Prüfung des Energiebedarfes so bald wie möglich eine PV-Anlage installiert werden. Diese Vereinbarung sehe sie realistisch.

Die Kostenentwicklung für den Bau der Schule sei enorm und liege ohne den Einsatz einer PV-Anlage derzeit bei 26 Mio. Euro. Es bestehe die Befürchtung, dass eine erneute Prüfung bzw. Ergänzung das Bauvorhaben verzögern könnte. Ein weiterer Zeitverlust dürfe nicht hingenommen werden.

Herr Hamacher äußert seinen Unmut darüber, dass für alle hohe Standards gelten und die Absprachen bzw. Diskussionen gegenüber der Öffentlichkeit nicht vertretbar seien. Er unterstütze den Antrag.

Frau Grabs bringt zum Ausdruck, dass der Einsatz von PV-Anlagen selbstverständlich sei und dass sie die Diskussion nicht verstehe. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen, sehe sie unproblematisch.

Herr Dr. Zeschmann moniert, dass die Beschlussvorlage beinhalte, dass die Bestandsdächer als Flachdächer ausgebildet seien, diese überarbeitet und mit PV-Modulen belegt werden sollen. Jedoch fehle dieser Punkt in der Kalkulation. Beides passe nicht zusammen und hätte die BV nach der Beratung im Kreisausschuss angepasst werden müssen.

Herr Dr. Pech argumentiert, dass es Ziel des Änderungsantrages sei, dass es nicht zu einer Verzögerung des Baus komme, jedoch ein Einsatz einer PV-Anlage gesichert werde, auch wenn die Zahlen derzeit noch nicht vorlägen. Der Kreistag sollte sich entsprechend festlegen. Es dürfe nicht vergessen werden, wie die gesetzlichen Vorschriften im Vergleich die Existenzen der Privathaushalte in Gefahr brächten.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung, ob der **Änderungsantrag** aufgenommen werden soll.  
Abstimmungsergebnis: Ja: 10, Nein: 27, Enthaltung: 6,  
**mehrheitlich abgelehnt.**

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Herr Dr. Zeschmann fragt nach, ob nach Beschlussfassung über den Inhalt der BV die Kalkulation nachgereicht werde.

Der Vorsitzende bejaht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der baulichen Umsetzung der grundhaften Erneuerung, des Teilumbaus, der Umnutzung der Flächen sowie der Errichtung eines Erweiterungsbaus an der Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde zu beauftragen.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 1 Enthaltung 4*

### **Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Ordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung) vom 1. März 2023, Vorlage: 006/2023**

Fragen und Anmerkungen zum Sachverhalt gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt:

1.      Ordnung über Beförderungsentgelte und  
Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen  
(Taxentarifordnung) vom 1. März 2023
2.      Der Landrat wird beauftragt, die Verordnung nach Ziffer 1 auszufertigen und bekannt zu  
machen.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2023 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV,  
Vorlage: 005/2023**

Fragen und Anmerkungen zum Sachverhalt gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt entsprechend des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg (ÖPNVG) in der geltenden Fassung, zuletzt geändert durch das Änderungsgesetz vom 26.09.2022, sowie der ÖPNV-Finanzierungsverordnung des Landes Brandenburg (ÖPNVfV) in der geltenden Fassung, zuletzt geändert am 18.01.2018 i. V. m. der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV vom 01.03.2023 und dem Zuwendungsbescheides des Landes Brandenburg vom 01.08.2022 für das Jahr 2023 den ÖPNV-Investitionsplan des Landkreises Oder-Spree für das Jahr 2023 (Anlage) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019,  
Vorlage: 004/2023**

Fragen und Anmerkungen zum Sachverhalt gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019.
2. Der Kreistag bewilligt folgende über-/außerplanmäßige Aufwendungen
  - für die Bildung von Pensionsrückstellungen im Produkt „Personalmanagement“ in Höhe von 1.687.383,00 €
  - für außerplanmäßige Abschreibungen im Produkt „Schulverwaltungsamt“ in Höhe von 580.749,05 €.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Nein 2 Enthaltung 5*

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019,  
Vorlage: 007/2023**

Der Landrat gibt zu Protokoll, dass er wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder-Spree Rolf Lindemann für das Haushaltsjahr 2019 zu entlasten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 4 Enthaltung 11*

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: 1. Änderung der Richtlinie zur Arbeit und Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Naturschutzbeirates und ihrer Stellvertreter im Landkreis Oder-Spree vom 1. Oktober 2015, Vorlage: 010/2023**

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor mit dem Inhalt, dass das Sitzungsgeld auf 30 € angehoben werden soll.

Frau Grabs begründet den Antrag. Sie sehe darin eine Gleichberechtigung bezüglich der Mitarbeit und des Aufwandes im Vergleich zu den sachkundigen Einwohnern in den Fachausschüssen.

Um Abstimmung über die Richtlinie mit der Erhöhung des Sitzungsgeldes auf 30 Euro wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt:

- 1.) Den Wortlaut in der Ziffer 3.1. der Richtlinie wie folgt zu ändern:  
„Zur Abgeltung des durch die Teilnahme an einer Beiratssitzung entstandenen Aufwandes wird ein Sitzungsgeld als Aufwandsentschädigung gewährt. Das Sitzungsgeld beträgt 24 Euro.“
- 2.) Diese Änderungsrichtlinie tritt rückwirkend zum 26. Januar 2022 in Kraft.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 2 Enthaltung 1*

**Zu TOP 19      Veränderungen in den Ausschüssen**

Folgende Vorschläge liegen vor:

Fraktion CDU:

Nach Niederlegung des Mandates von Herrn Achim Schneider im Fachausschuss Bauen, Ordnung und Umwelt, wird Herr Christian Schroeder berufen.

Dieser übernimmt ebenso den Vorsitz des Ausschusses.

Fraktion SPD:

Fachausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Abberufung: Herr Alfred Possin.

Fraktion BVB/Freie Wähler:  
Niederlegung des Mandates als sachkundiger Einwohner: Herr Udo Schulze  
Neuberufung: Herr Christian Wernicke.

Fraktion AfD:  
Mandatsverlust: Herr Uwe Woweries  
Nächste Ersatzperson: Frau Veronika Jolanta Kuo  
Ausschuss Soziales, Gesundheit und Migration und Ländliche Entwicklung und  
Kreisentwicklung.

Um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 2*

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bittet um Herstellung der  
Nichtöffentlichkeit und weist darauf hin, dass im Anschluss der Sitzung der Geschäftsordnungs-  
und Petitionsausschuss nebst aller Fraktionsvorsitzenden zusammentritt.

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin

## II. Nichtöffentlicher Teil

### **Zu TOP 1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30. November 2022 - nichtöffentlicher Teil**

Fragen oder Anmerkungen liegen nicht vor, die Niederschrift wird bestätigt.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 5*

Herr Dr. Berger beendet die Sitzung des Kreistages.

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin